

Schritt für Schritt zur Weltmacht

Auch Europa bekommt Chinas Ambitionen zu spüren

Die Rivalität zwischen den USA und dem aufstrebenden China ist nicht neu. Peking setzt derzeit alles daran, seinen Einfluss über seine Nachbarschaft hinaus zu vergrössern. Der Zeitpunkt der chinesischen Offensive ist dabei alles andere als zufällig.

PREM MAHADEVAN

Von europäischen Politikern und Experten kaum bemerkt, findet in Asien eine bedeutende Machtverschiebung statt. Chinas Ambitionen treten immer offener zutage. Die USA halten dagegen, indem sie ihre Kontakte mit Ländern in der Region intensivieren, die China gegenüber kritisch eingestellt sind. Ferner sendet die amerikanische Marine Kriegsschiffe zu demonstrativen Patrouillen in das Südchinesische Meer. Ziel dieser politischen und militärischen Bemühungen ist es, den Bewegungsraum eines zunehmend aggressiveren China einzugrenzen. Dieser Konflikt schwelt schon seit Jahren. Dass er sich in jüngster Zeit verschärft hat, liegt vor allem an den künstlichen Inseln mit beeindruckenden Militärbasen, die China zwecks Machtprojektion in der Region der Spratly-Inseln errichtet.

Chinas künstliche Inseln

Ziel Pekings ist es, die US-Marine möglichst weit vom eigenen Festland fernzuhalten. Dabei bedient es sich extensiver Gebietsansprüche weit über den Spielraum internationaler Abkommen hinaus. Auf der Grundlage einer chinesischen Seekarte von 1936 erhebt China Anspruch auf rund 80 Prozent des Südchinesischen Meeres. Über Jahrzehnte fehlten Peking jedoch die Mittel, diese Ansprüche auch durchzusetzen. Das ändert sich nun langsam, aber stetig. Zwischen 1974 und 1995 nahm China bereits Schritt für Schritt einige der beanspruchten Inseln in Besitz, was auch schon zu Konflikten mit Nachbarstaaten führte, vor allem mit Vietnam und den Philippinen. Aber die Landnahme- und Bauaktivitäten Pekings seit 2013 haben die Konflikte nun auf eine neue Eskalationsstufe gehoben.

Völkerrechtlich sind Chinas Ansprüche kaum begründbar. Das Land ist Vertragsstaat der Uno-Seerechtskonvention von 1982, die eindeutig festlegt, wel-

che Art von Inseln überhaupt die Festlegung von Hoheitsgewässern erlauben und welche wiederum lediglich als Riffe und Felsen ohne solche Privilegien anzusehen sind. Die vorwiegend künstlichen Inseln Chinas erlauben demzufolge eindeutig keine Festlegung von Hoheitsgewässern. Dennoch hat die chinesische Marine in jüngster Zeit immer wieder ausländische Flugzeuge und Schiffe offen vor der Annäherung an diese Inseln gewarnt. Die Amerikaner wollen dies nicht hinnehmen und zeigen ihrerseits bewusst in den umstrittenen Gewässern Präsenz. Andere Staaten haben zwar auch Probleme mit der chinesischen Rechtsauslegung, verfügen jedoch nicht über die militärischen Kapazitäten, ihre Position militärisch zu untermauern. Die Kriegsmarinen einiger Staaten der Region wären noch nicht einmal in der Lage, sich gegen die chinesische Küstenwache durchzusetzen.

Begrenzte Kapazitäten der USA

Ein Motiv, gerade jetzt offensiver aufzutreten, hat China etwa dadurch, dass die USA im Nahen Osten und in Europa zunehmend militärisch gebunden werden. Die neuen Herausforderungen durch Putins Russland und den sogenannten Islamischen Staat, die im syrischen Krieg konvergieren, belasten die mächtigen USA und ihren beachtlichen Militärapparat. Selbst Washington muss Prioritäten setzen. Die chinesische Führung ihrerseits scheint anzunehmen, dass sie in den kommenden zehn Jahren nicht damit rechnen muss, von den USA unmittelbar herausgefordert zu werden. Diese Zeit könne man – so die chinesische Annahme – nutzen, um seine maritimen Ansprüche in Ostasien zu untermauern. Zugleich könne der Spielraum der US-Marine eingeschränkt werden.

Je weiter sich die chinesische Marine von ihren Heimatgewässern entfernt, desto mehr muss sich die US-Marine engagieren, um Chinas Ausgreifen auszugleichen. Amerikas traditionelle Verbündete in der Region, Taiwan und Japan, leben vor dem Hintergrund der wachsenden chinesischen Herausforderung in der nicht unbegründeten Angst vor einem Krieg. Tatsächlich könnte die US-Marine von China nach und nach aus den entscheidenden Gewässern hinausgedrängt werden. Letztlich irrelevant würde die US-Marine spätestens dann, wenn chinesische U-Boote und Raketen amerikanische Flugzeugträger

ausser Gefecht setzen könnten, bevor diese überhaupt eine Gelegenheit hätten, in einen Konflikt einzugreifen.

Die USA sind sich dieser Gefahr bewusst. Sie versuchen ihr zu begegnen, indem sie in verbündeten Staaten der Region Stützpunkte errichten, die sie im Kriegsfall nutzen könnten. Washington ermutigt die vielen Kritiker Chinas darüber hinaus, enger zu kooperieren und ihre Ansprüche gemeinsam zu formulieren. Und schliesslich arbeiten die USA ihrerseits intensiv an militärischen Plänen in Bezug auf einen Konflikt mit China. Dabei bauen sie nach wie vor auf ihre noch bestehende technologische Überlegenheit.

Teilen und herrschen

Trotz allen diplomatischen und militärischen Manövern ist eine dramatische Eskalation in naher Zukunft unwahrscheinlich. Eher möglich ist ein gradueller Aufbau von Fähigkeiten auf allen Seiten. Auch dürfte die chinesische Marine ihren Operationsraum in den Indischen Ozean ausweiten – er ist für China langfristig strategisch und ökonomisch zentral. In den Plänen Pekings ist er das maritime Element der «neuen Seidenstrasse», mit der das Land seinen Markt mit jenen Westasiens, Afrikas oder Europas verbinden will. In diesem Zusammenhang ist auch das Engagement gegen Piraterie zu sehen, wie es China seit 2008 vor der Küste von Somalia umsetzt. Erst jüngst hat Peking die Eröffnung einer Marinebasis in Djibouti angekündigt. Darüber hinaus investiert China erheblich in Zentralasien, um die neue Seidenstrasse auch zu Land zu einer Haupttransportroute zu machen: Neue und ausgebauten Schienenwege sollen China und Europa verbinden und so den Handel fördern. Dabei kann China auf einige europäische Länder zählen, die in der Aussicht auf chinesische Investitionen dem Reich der Mitte gegenüber eine kooperative Rolle einnehmen. Die USA hingegen sind alarmiert. Die Geschwindigkeit, mit der traditionelle Verbündete wie Grossbritannien sich dem chinesischen Projekt einer Asiatischen Infrastruktur- und Investitionsbank anschlossen und chinesische Investitionen in den Bau von Atomkraftwerken genehmigten, überraschte und beunruhigte die Regierung Obama. Washington fürchtet, dass China zunehmend auf eine Politik des «Teilens und Herrschens» setzen und ausgewählte

europäische Staaten aus der transatlantischen Solidarität herauslösen könnte. Gleiches gilt für die Europäische Union: Auch Brüssel ist nicht erfreut, dass China Mitgliedstaaten ermutigt, direkt mit Peking zu verhandeln und nicht den Umweg über Brüssel zu nehmen.

In den kommenden Jahren ist somit mit einer wachsenden chinesischen Herausforderung zu rechnen. Sie wird nicht nur die USA und ihre Verbündeten in Asien in Atem halten, sondern auch den transatlantischen wie auch den inner-europäischen Zusammenhalt auf die Probe stellen.

Prem Mahadevan ist Senior Researcher am Center for Security Studies der ETH Zürich.